



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

27. Oktober 2026
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Gegen eine Gesellschaftsordnung, die unser Leben zerstört

Eine Welle des Protestes rollt quer durch Europa. In Frankreich, Italien, Portugal, Albanien, Spanien, Serbien und Belgien sind Zehntausende, teils Hunderttausende auf der Straße. Der Protest in einem Land ermutigt und verstärkt den in anderen Ländern.

Oft hat die Jugend den Anfang gemacht. Empört über die zusammengesparten Schulen, in denen der Unterricht ständig ausfällt und der Beton von der Decke fällt. Frustriert über die schlechten Zukunftsaussichten und dass man ihnen als einzige „sichere“ Arbeit... die Armee vorschlägt.

Vierorts haben sich Eltern, Lehrer, auch Arbeiter den Protesten angeschlossen. Empört über die drastischen Sparmaßnahmen bei Krankenhäusern, Schulen, Renten. Und vor allem wütend über die hohen Spritpreise und Wuchermieten, die sie erdrosseln, während ein paar Konzerne abkassieren. Sie haben genug von dem täglichen Kampf, über die Runden zu kommen. Und von der Arroganz der Regierungen, die die einfache Bevölkerung mit Füßen treten und nur einer Minderheit ultrareicher Bosse dienen.

All das kennen auch wir nur zu gut! Vielleicht geben sich Merz und Co. sowie die Medien deshalb so viel Mühe, die Proteste in den schrecklichsten Farben zu malen. Kein Wort über die Hunderttausende und ihre Anliegen; stattdessen in einer Endlos-Schleife die immer gleichen Bilder von Zerstörung und Plünderungen am Rande der Proteste. Wir sollen uns erschrocken abwenden und bloß nicht auf die Idee kommen, ebenfalls auf die Straße zu gehen.

Dabei sind unsere Herrschenden selber die größten Zerstörer und Plünderer. Wie viele Existenzen zerstören sie, indem sie Arbeitende entlassen, nur damit der Profit noch etwas steigt? Wie viele töten sie, indem sie Krankenhäuser schließen oder kaputtsparen? Wie viele Zehntausende Tote hat allein die Ignoranz von Regierung und Kapitalisten gegenüber der Hitzewelle diesen Som-

mer gefordert? Diese tägliche Gewalt ist weniger spektakulär und gilt hier auch nicht als Gewalt. Doch wer sie erlebt hat, weiß, wie brutal sie ist. Und ist nicht die Gewalt mancher jungen Leute letztlich ein Echo von alledem?

Sicher, sinnlose Zerstörung, wie sie bei manchen Protesten vorkam, ist keine Hilfe, im Gegenteil. Sie trifft die Faltschen und schreckt auch Gleichgesinnte ab, auf die Straße zu gehen. Den Mächtigen spielt sie in die Hände.

Doch es ist auch Ausdruck von Frust über die immer größeren Ungerechtigkeiten. Und Frust darüber, dass sie in manchen Ländern seit Wochen oder sogar Monaten auf die Straße gehen und die Herrschenden sich einfach taub stellen. Dass diese auf die Massenproteste von Hunderttausenden einzig mit dem Verbot von Demonstrationen und extremer Gewalt der Polizei reagieren.

Die französische Polizei ging seit den ersten friedlichen Schülerprotesten vor einem Monat so brutal vor, dass mehrere 14-17jährige durch Polizei-Munition ein Auge, eine Hand oder ihre Zähne verloren haben! Die Regierung wollte mit Gewalt erreichen, dass die Menschen aus Angst nicht mehr auf die Straße gehen. Doch es ist ihr nicht gelungen. Trotz dieser Gewalt und zahlreicher Demonstrationsverbote waren am 24. Oktober erneut eine halbe Million Menschen auf der Straße.

Verleumdung, Verbote, Gewalt: Das ist die einzige Antwort, die ALLE Regierungen auf die Forderungen der Jugend und der Arbeitenden haben.

Das gilt auch für die AfD und ihre Schwesterparteien. Die stellen sich zwar gerne als Rächer des kleinen Mannes hin. Aber überall, wo die Bevölkerung jetzt gegen hohe Spritpreise, Sparpolitik und korrupte Politiker protestiert hat, haben sie sich auf die Seite der Herrschenden gestellt. In Italien, wo die Rechtsextremen an der Regierung sind, setzen sie sogar die Armee gegen protestierende Lkw-Fahrer und Schüler ein.

Ob Konservative, Sozialdemokraten, Rechtsextreme: Sie alle wollen um jeden Preis bei uns sparen, um alle Forderungen der Konzern-Bosse zu erfüllen und gigantische Summen für Aufrüstung und Krieg auszugeben.

Deshalb reagieren sie so brutal und ignorant auf die berechtigten Forderungen. Doch das können sie sich auch nur deshalb erlauben, weil die Proteste bislang nirgendwo das Herz ihrer Wirtschaft erreicht haben: die Betriebe.

Einem Merz bereitet es natürlich Probleme, wenn die CDU nicht mal mehr die 5%-Hürde schafft – und wenn wie am 26. September 175.000 Arbeitende gegen seine Angriffe auf Rente, Arbeitszeit und Gesundheitsversorgung demonstrieren. Und erst recht, wenn sich wie in Frankreich oder Albanien entschlossene Massenproteste entwickeln.

Doch wenn die Arbeitenden Autowerke, Chemiefabriken, Lager und Güterzüge bestreiken und besetzen und damit die Kapitalisten ins Herz treffen, dann bekommt eine Bewegung eine ganz neue Qualität und kann viel weiter gehende Perspektiven eröffnen.

Quasi alle echten Erfolge der Vergangenheit wurden auf diese Weise erkämpft. Nur ein paar Beispiele: 1998 zwang eine spontane Streikwelle Kapitalisten und Regierung dazu, ihren Angriff auf die Lohnfortzahlung bei Krankheit zurückzunehmen. 1973 sorgte eine Welle spontaner Streiks dafür, dass die „Gastarbeiter“ endlich die gleichen Löhne erhielten wie ihre deutschen Kollegen.

Ganz zu schweigen davon, dass im 1. Weltkrieg Massenstreiks, Zechenbesetzungen und Aufstände der Arbeiter und Soldaten den Krieg beendeten und die Diktatur des Kaiserreichs stürzten.

Viele können sich das heute nicht vorstellen und fühlen sich daher schwach. Doch unsere Stellung in der Wirtschaft verleiht uns eine immense Macht. Diese können und müssen wir nutzen, um unsere Interessen zu verteidigen und die gesamte Gesellschaft voranzubringen.

Vor und nach den Wahlen: Die palästinensische Bevölkerung wird weiter vertrieben und ermordet

Auch während der sogenannten „Waffenruhe“ setzt der israelische Staat seine systematische Terrorisierung, Vertreibung und Ermordung der Palästinenser fort. Im Wahlkampf hat die Regierung Netanjahu dies mit noch mehr Niedertracht betrieben.

Im Gazastreifen muss die palästinensische Bevölkerung auf nur noch 40% des ehemaligen Gebiets zusammengepfercht leben, größtenteils in Zelten und zerstörten Häusern – stets in Gefahr, von israelischen Patrouillen erschossen zu werden.

Nun droht der bereits unterernährten Bevölkerung obendrein eine akute Hungersnot, weil

die beiden größten Geldgeber des Welt-ernährungsprogramms, die USA und Deutschland, ihre Zahlungen seit dem letzten Jahr um über die Hälfte gekürzt haben. Und selbst die wenigen Lieferungen an Grundnahrungsmitteln lässt Israel seit zwei Wochen nicht in den Gazastreifen.

Im Westjordanland brennen rechtsextreme Siedler palästinensische Dörfer nieder, schlagen Erwachsene und Kinder zusammen und zerstören die Olivenbäume – oft deren einzige Einkommensquelle.



Rechtsextreme israelische Siedler umzingeln zwei palästinensische Bauern, schlagen sie zusammen und zerstören ihre Olivenbäume

Mit Terror und Hunger wollen sie möglichst viele Palästinenser vertreiben und sich deren Land aneignen. Die israelische Armee ermutigt und unterstützt sie dabei. Um sich die Stimmen dieser Siedler zu sichern, hat Netanjahu im Wahlkampf dann auch noch das gesamte Westjordanland abgeriegelt. Dadurch

können Zehntausende Palästinenser weder zur Arbeit noch an lebenswichtige medizinische Versorgung gelangen.

Auch nach den Wahlen wird sich daran nichts ändern. Welche Koalition letztlich regieren wird, ist noch offen. Doch auch der Oppositionskandidat ist Militärangehöriger, war jahrelang Generalstabschef der israelischen Armee und 2023/2024 Mitglied von Netanjahus Kriegskabinet. Terror und Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser werden also in jedem Fall weitergehen.

Umso zynischer ist es, wenn CDU, SPD und AfD all jene als „Terror-Unterstützer“ beschimpfen

oder gar verfolgen, die sich für die palästinensische Bevölkerung in ihrem Kampf ums Überleben einsetzen.

In Wahrheit sind CDU, AfD und SPD die wahren Terror-Unterstützer. Sie unterstützen den monströsen Staatsterrorismus Israels, und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch mit Geld und Waffen.

Die Gefahr für die arbeitende Bevölkerung kommt nicht gleichermaßen „von links und rechts“

Nach den Landtagswahlen in Berlin haben Linke, SPD und Grüne Koalitionsverhandlungen begonnen. Seitdem schlagen CDU und CSU regelrecht um sich. Wer mit „Israel-Hassern“ Wahlkampf mache und Wohnungskonzerne vergesellschaften wolle, dürfe „niemals in eine Regierung kommen“, wettern Merz und Söder. Damit lenken sie vor allem davon ab, dass mehrere CDU-Abgeordnete in Sachsen-Anhalt gerade den AfD-Landtagspräsidenten gewählt haben und möglicherweise im Dezember auch für den AfD-Ministerpräsidenten stimmen werden.

Ihre Tiraden sind lächerlich, wenn man bedenkt, wie oft die Linke schon in Lan-

desregierungen brav (für die Kapitalisten) regiert hat – in Thüringen sogar mit Unterstützung der CDU. Doch ihre Gleichsetzung von Linksextremen und Rechtsextremen wird vielerorts kritiklos aufgegriffen. Und das ist eine echte Gefahr.

Die CDU will es als Bedrohung darstellen, dass sich Teile der Linken für das Existenzrecht der Palästinenser einsetzen und – oh wie schrecklich – skrupellosen Immobilien-Haien Wohnungen wegnehmen wollen. Vielleicht gibt es an der Basis auch Einzelne, die mal die Scheibe einer Bank eingeschlagen oder (vollkommen sinnlos) Trafos beschädigt haben.

Doch das setzen sie gleich mit einer rechtsextremen Partei, die in ihrem Wahlprogramm offen ankündigt, Millionen Arbeitende wegen ihrer „falschen“ Religion oder Hautfarbe abzuschieben und Bürgerwehren zu gründen, die alle einschüchtern und diejenigen aus dem Stadtbild vertreiben, die ihnen nicht passen. Mit einer AfD, deren Ordner systematisch aus berüchtigten Neonazis bestehen, die Gewerkschaftsbüros angreifen und mit fünf Leuten einen Gewerkschafter, Migranten oder Obdachlosen krankenhausaufschlagend schlagen.

Diese Gleichsetzung verschleiern, von wo der arbeitenden Bevölkerung eine reale, tödliche Gefahr droht!

Noch mehr Import-Verbote für Autos aus China

Nach Strafzöllen auf chinesische E-Autos hat die EU nun auch den Import chinesischer Hybridautos eingeschränkt. Ab Dezember dürfen nur noch 350.000 Plug-in-Hybride von China nach Europa exportiert werden – nicht einmal halb so viele, wie es derzeit sind. Europäische Autofahrer sollen gefälligst die teuren Autos deutscher oder französischer Hersteller kaufen.

Können sie sich das nicht leisten, sollen sie halt einen Verbrenner nehmen. Hauptsache, kein chinesisches Auto. Die Chinesen dagegen sollen natürlich weiterhin Millionen Autos von VW und Mercedes kaufen.

Naher Osten: Das Chaos breitet sich aus

Seit dem Sommer hat sich der imperialistische Krieg um Öl und Macht, den die USA gegen den Iran begonnen haben, auf ein weiteres Land ausgeweitet: den Jemen. Auch seine Bevölkerung ist seither Tod, Zerstörung und Vertreibung ausgesetzt.

Dabei hat sie gerade erst einen furchterlichen Krieg mit 400.000 Toten und einer katastrophalen Hungersnot hinter sich. Von 2015 bis 2022 führte Saudi-Arabien (unterstützt von den USA) hier Krieg gegen die jemenitischen Huthi-Milizen, die ihrerseits vom Iran unterstützt werden. Nun hat Trumps Angriffskrieg den Konflikt neu entfacht.

Die Blockade der Straße von Hormus zwingt Saudi-Arabien, mehr Öl über eine

andere Schifffahrtsroute zu transportieren, die am Jemen vorbeiführt. Im Streit um die Kontrolle der dortigen Häfen bombardiert Saudi-Arabien wieder jemenitische Städte. Die Huthi greifen ihrerseits Ölraffinerien und Pipelines in Saudi-Arabien an und blockieren saudische Schiffe.

Hunderttausende Jemeniten versuchen verzweifelt, vor den Angriffen beider Seiten zu fliehen. Welche Schrecken dieser Krieg ihnen noch bringt und welche Folgen er für die Weltwirtschaft haben wird, ist unabsehbar. Schon jetzt ist der Öl- und Gaspreis erneut dauerhaft gestiegen.

Dieses sich ausbreitende Chaos ist die Folge des kapitalistischen Weltsystems,



in dem alle Großmächte und ihre Helfershelfer versuchen, sich die Kontrolle über Rohstoffe und Handelsrouten zu sichern – um jeden noch so schrecklichen Preis.

Die wahren Gewinner des Krieges

Kurz vor den Zwischenwahlen kann Trump die stark gestiegenen Öl- und Gaspreise und die Ausweitung der Kriege nicht gebrauchen. Also erlaubt er kurzerhand, dass Russland trotz Sanktionen vorübergehend wieder Öl und Gas in die USA liefern darf.

Das Abkommen ist vor allem eine symbolische Geste: „Seht her, ich tue alles für unsere Wirtschaft und den Frieden.“ Ob es die Ölpreise in den USA tatsächlich senkt, bleibt abzuwarten. Denn Trump wendet sich zwar an Russland, nicht aber an die US-Ölkonzerne. Dabei sind die USA und nicht Russland der weltweit größte Öl- und Gasproduzent.

Doch die US-Konzerne zu zwingen, ihre Preise zu senken, kommt für ihn natürlich nicht infrage.

Obwohl dank alternativer Liefer Routen inzwischen wieder genauso viel Öl auf dem Weltmarkt ist wie vor dem Iran-Krieg, ist der Ölpreis nämlich noch immer 100% höher. Und die Ölkonzerne wollen möglichst lange von diesen gigantischen Gewinnmargen profitieren. Von den 10 größten Ölkonzernen sitzen 3 in den USA und 3 in Europa. Sie sind – zusammen mit den westlichen Rüstungskonzernen – die Gewinner des Krieges im Nahen Osten und in der Ukraine.

Zuckersteuer: Verschont werden die Giftmischer der Lebensmittelkonzerne

Ab Juli soll die Zuckersteuer kommen. Getränke wie Limonaden, Eistees, Energydrinks und viele Fruchtsaftgetränke würden dann 26 bis 32 Cent pro Liter teurer, eine Kiste Limo um 5 Euro.

Die Regierung behauptet, dass weniger stark gezuckerte Getränke hergestellt und gekauft würden, wenn ihr Preis steigt. Das klappt ja schon beim Sprit so super!

Über Jahre haben Lebensmittelkonzerne massenweise Getränke mit immer mehr Zucker auf den Markt geworfen und vielen Lebensmitteln unnötig Zucker zugesetzt – weil er billig ist und weniger Kalorien als Fett hat. Besonders Produkte für Kinder wurden stark gezuckert, um diese regelrecht abhängig zu machen.

Die Zahl derjenigen, die an lebenslangen, gefährlichen Krankheiten wie Diabetes und Fettleber erkranken, ist dadurch explodiert.

Doch verbietet man der Lebensmittelindustrie solche Machenschaften und zwingt sie, echte Alternativen anzubieten? Gibt man der Allgemeinheit die Möglichkeit, sie zu kontrollieren?

Nein. Stattdessen trifft es wieder einmal die Verbraucher, besonders ärmere Familien. Sie müssen mehr bezahlen – für Getränke, an deren süßen Geschmack sie und vor allem ihre Kinder ganz bewusst gewöhnt wurden.

Wer Menschen misshandelt, misshandelt auch Tiere

Heimliche Aufnahmen aus einem Tönnies Schlachthof zeigen furchterliche Bilder: Schweine japsen nach Luft, schreien und beißen vor Angst in die Gitter ihrer engen Metallkäfige, während sie mit CO₂ betäubt wurden. Einem noch lebenden Schwein werden die Hinterfüße abgeschnitten, anderen wird mit Treibpaddeln ins Gesicht geschlagen. Doch Tönnies spricht wie immer von „bedauerlichen Ausnahmen“ und dem „Fehlverhalten einzelner Beschäftigter“. Welch ein Hohn!

In diesen Schlachthöfen zählt vor allem, möglichst viele Tiere pro Stunde zu schlachten – egal, mit welchen Mitteln. Die Arbeitenden werden zu immer höherem Tempo angetrieben und müssen täglich die Brutalität gegen Mensch und Tier ertragen. Und sie können nicht einfach gehen, denn ihre Familien in Rumänien, Bulgarien oder Vietnam brauchen das Geld zum Überleben. Wundert es da, wenn manche abstumpfen?

Verantwortlich für die grausamen Zustände für Mensch und Tier ist vor allem eins: die Profitgier von Tönnies und Co.

Hinter der schäbigen Fassade

Der Chemiekonzern Evonik baut Tausende Stellen ab und lagert weitere Tausende in Tochterfirmen mit Niedriglöhnen aus. Alles mit dem Argument, dem Konzern gehe es furchterlich schlecht. Und nun erfährt man: BASF will Evonik unbedingt kaufen. Bei all dem Gejammer scheint Evonik also durchaus interessante Geschäfte zu machen. Sonst wäre BASF sicher nicht bereit, 11 Milliarden Euro für Evonik hinzublättern.

Die VW-Bosse greifen erneut an

Die VW-Bosse haben den nächsten Großangriff auf ihre Arbeiter gestartet. Weltweit sollen die Löhne bis 2030 nicht mehr steigen. Bei der derzeitigen Inflation bedeutet allein das eine reale Lohnsenkung um 10%.

Außerdem hat VW zehn Tarifverträge gekündigt. Damit stellt VW nun auch Wochenarbeitszeit, Urlaubstage, Kündigungsschutz, Zulagen, Lohngruppen und weitere Lohnfragen infrage.

Die VW-Besitzer, die Multimilliardärsfamilie Porsche/Piëch, will so sicherstellen, dass weiterhin jedes Jahr Milliarden an Dividenden auf ihre prall gefüllten Konten fließen, während die Arbeitenden die Krise bezahlen.

Und eines ist klar: Wenn einer der größten Konzerne Deutschlands Löhne und Arbeitszeiten derart angreift, werden andere Bosse diesem Beispiel folgen. Auch deshalb ist dieser Angriff letztlich ein Angriff auf uns alle.



Botschaften von VW-Arbeitern an die Gewerkschaftsführung bei der ersten Drohung von Massenentlassungen

Alle guten Dinge sind drei?

Zweimal – im Dezember 2024 und im September 2026 – haben die VW-Bosse die Vernichtung von je 50.000 Jobs und Lohnkürzungen angekündigt. Beide Male stimmten Betriebsrat und Gewerkschaftsführung dem zu, ohne die Arbeitenden vorher zu fragen – obwohl viele deutlich ihre Bereitschaft gezeigt hatten, gegen die Angriffe zu streiken.

Nach der zweiten kampflosen Kapitulation dauerte es keine vier Wochen, bis der nächste Angriff des VW-Vorstands kam. Je weniger Widerstand die Bosse spüren, desto dreister werden sie.

Trotz des zweifachen Verrats haben viele Arbeitende nicht resigniert. Zehntausende VW-Arbeiter zeigten am 21. September mit Aktionen, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen erneut ihre Kampfbereitschaft.

Doch damit sie nicht wieder verraten werden, müssen alle Fragen und Entscheidungen ihres Kampfes – von Beginn und Verlauf über die Kampfformen bis zu den Verhandlungen – unter ständiger Kontrolle aller beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter sein.

Galeria Kaufhof: „Investoren“ sind nie unsere Retter

Mittlerweile zum fünften Mal hat Galeria Kaufhof Insolvenz angemeldet. Jedes Mal war es dasselbe: Tausende verloren quasi ohne Abfindung ihre Arbeit, weil die Firma angeblich pleite war. Die Übrigen verdienen mittlerweile 30% weniger als den (ohnehin schon niedrigen) Tariflohn des Einzelhandels.

Und nun liegen schon wieder 12.000 Beschäftigte nachts wach und fragen sich, ob sie morgen noch Arbeit haben.

Die Galeria-Besitzer hingegen verdienen gut daran. Immobilien-Hai Benko zog über die Karstadt-Immobilien nahezu eine Milliarde Euro aus Galeria heraus.

Die neuen „Investoren“ investierten gar nichts, sondern ließen sich teure Privatjetreisen und Luxushotels auf Firmenkosten spendieren. Und für alles nahmen sie Kredite auf, deren Kosten Galeria nun abbezahlen muss – inklusive bis zu 14% Zinsen. Kein Wunder, dass Galeria wieder pleite ist.

Allein von den Geldern, die diese „Investoren“ über Jahre aus dem Unternehmen herausgesaugt haben, könnte man den 12.000 Beschäftigten noch lange weiter Lohn zahlen, zum Teil bis zur Rente.

Stattdessen wird ihnen schon wieder ein neuer Investor als angeblich einziger „Retter“ präsentiert, der vielleicht „nur“ einen Teil entlässt und die übrigen Häuser weiter auspresst – bis zur nächsten Insolvenz.

BASF: Tod statt Rente

Im BASF-Werk in Ludwigshafen ist Anfang Oktober ein Arbeiter bei Baggerarbeiten so schwer verletzt worden, dass er kurz darauf starb.

Es ist ein weiterer schwerer Arbeitsunfall in einem Werk, in dem gerade überall radikal gespart wird – auch an der Sicherheit.

Der verunglückte Arbeiter war obendrein 68 Jahre alt. Eigentlich wäre er längst in Rente. Doch die Rente reichte nicht, und so musste er sich – wortwörtlich – zu Tode arbeiten.

Das ist die Zukunft aller Arbeiterinnen und Arbeiter, wenn wir die Regierung und ihre Pläne nicht stoppen!

Uniklinikum Essen: Erpresser am Werk

Die Regierung hat entschieden, dass die Krankenhäuser sparen sollen. Und wo spart der Vorstand des Uniklinikums Essen als erstes? Bei denen, die am wenigsten verdienen: den Reinigungskräften.

Ihre Arbeitszeit soll um zwei Stunden pro Tag gekürzt werden. Der Lohn reicht dann kaum noch für Miete und Strom, geschweige denn fürs Essen. Doch die Chefs drohen ihnen: „Wer nicht unterschreibt, wird gekündigt.“

Obendrein sollen alle mehr schuften. Sie sollen künftig in ihren vier Stunden genauso viele Zimmer putzen wie zuvor in sechs. Eine Gefahr für ihre Gesundheit und die der Patienten!

Hier ist das Geld für die Krankenhäuser!

Die Reinigungsfirma gehört zur Hälfte dem Uniklinikum und zur Hälfte dem Klüh-Konzern. Ein bedeutender Teil des Geldes, das das Klinikum für die Reinigung ausgibt, landet somit als Profit auf dem Konto des Multimillionärs Klüh.

Statt bei Beschäftigten und Patienten zu sparen, könnten die Krankenhäuser die Profite all der Konzerne kappen, die seit Jahren das Gesundheitswesen melken. Doch das kommt für Klinikvorstände und Regierung natürlich nicht infrage.

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org